

Dringliche Motion Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu, SP): Keine Betriebsferien in den städtischen Kindertagesstätten

Anfangs März 2008 wurde der Rechnungsabschluss 2007 der Stadt Bern publiziert. Die Rechnung schliesst mit einem Überschuss von Fr. 62.4 Mio. ab. Die SP/JUSO ist hocherfreut über dieses ausgezeichnete Ergebnis. Es zeigt aber auch, dass die Prognosen für das Budget 2007 und 2008 wohl zu pessimistisch waren. Grundsätzlich soll dieser Überschuss dazu benutzt werden, um den altrechtlichen Bilanzfehlbetrag der Stadt schneller abzutragen. Aber es darf nicht vergessen werden, dass bei der Sparrunde für das Budget 2008 im Sozialbereich teilweise im Mikrobereich Einsparungen gemacht wurden, die zwar nicht gross zur Entlastung des Budgets beitrugen, für die Betroffenen aber schmerzhaft Einschnitte mit sich brachten. Unter anderem wurde ab 1. Januar 2008 in den städtischen Kindertagesstätten Betriebsferien von einer Woche eingeführt. Diese Massnahme stiess und stösst bei den betroffenen Eltern auf viel Unmut und Unverständnis. Viele Eltern wissen nicht, von wem die Kinder während dieser Betriebsferien betreut werden; der Spagat zwischen Berufstätigkeit und Familie wird wieder komplizierter. Es handelt sich bei dem eingesparten Betrag um Fr. 180'000.00, im Vergleich zum Budget von fast einer Milliarde Franken und vor allem auch im Wissen darum, dass die Rechnung 2007 mit einem Überschuss von Fr. 62.4 Mio. abgeschlossen hat um einen kleinen Betrag.

Aus diesem Grund wird der Gemeinderat aufgefordert, die per 1. Januar 2008 eingeführten Betriebsferien in den städtischen Kindertagesstätten per sofort rückgängig zu machen.

Begründung der Dringlichkeit:

Damit die Betriebsferien per sofort rückgängig gemacht werden können, müssen die entsprechenden Massnahmen umgehend ergriffen werden.

Bern, 3. April 2008

Dringliche Motion Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu, SP), Annette Lehmann, Giovanna Battagliero, Claudia Kuster, Miriam Schwarz, Stefan Jordi, Andreas Krummen, Gisela Vollmer, Guglielmo Grossi, Markus Lüthi, Beni Hirt, Rolf Schuler, Margrith Beyeler-Graf, Andreas Flückiger, Patrizia Mordini, Ruedi Keller, Christof Berger, Hasim Sönmez, Liselotte Lüscher, Andreas Zysset, Thomas Göttin, Ursula Marti, Beat Zobrist

Die Dringlichkeit wird vom Stadtrat bejaht.

Antwort des Gemeinderats

Die Einführung zusätzlicher Betriebsferien und Schliessungstage (1 Woche während der Sommerferien, Freitag nach Auffahrt sowie 24. Dezember) in den städtischen und von der Stadt mitfinanzierten privaten Kindertagesstätten (Kitas) war Gegenstand der Massnahmen zur Haushaltsanierung im Rahmen des Budgetprozesses 2007. Sie führt zu Einsparungen von insgesamt Fr. 180 000.00. Unter Berücksichtigung dieser zusätzlichen Schliessungszeiten sind die erwähnten Betriebe in der Stadt Bern pro Jahr im Schnitt an 243 Tagen geöffnet. Die

kantonale Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration (ASIV) schreibt vor, dass die Kindertagesstätten an mindestens 235 Tagen im Jahr geöffnet sein müssen. Der Kanton finanziert über den Lastenausgleich jedoch höchstens 240 Öffnungstage pro Jahr mit. Die Betriebe in der Stadt Bern haben also immer noch mehr Öffnungstage, als der Kanton vorschreibt bzw. mitfinanziert. Unter dieser Optik verbunden mit der Notwendigkeit, auch Sparbeschlüsse zu Lasten der Direktion für Bildung, Soziales und Sport umzusetzen, erachtet der Gemeinderat die Sparmassnahme als vertretbar und für die betroffene Bevölkerung zumutbar.

Der Gemeinderat ist sich indessen bewusst, dass die Einführung zusätzlicher Schliessungstage in der Realität für einen Teil der betroffenen Eltern schwierig ist und sie vor Probleme stellt bei der Organisation der Betreuung ihrer Kinder während der Schliessungszeiten der Kitas. Aus diesem Grund werden längere Betriebsferien in den Kitas nach Möglichkeit vermieden, damit für die Eltern eine optimale Dienstleistung erbracht werden kann.

Der Gemeinderat setzt die Priorität bei der Schaffung zusätzlicher Kita-Plätze. Deshalb hat er im Produktegruppenbudget 2009 die Schaffung von 80 neuen Kita-Plätzen aufgenommen. Die bessere finanzielle Lage der Stadt soll in erster Linie dazu dienen, um in einem forcierten Tempo die bestehenden Wartelisten abzubauen. Aus diesem Grund lehnt er die Motion ab. Er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen. Die Antwort gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Aufhebung der Sparmassnahme würde bei den städtischen und von der Stadt mitfinanzierten Kitas zusätzliche jährliche Kosten von Fr. 180 000.00 verursachen. Der Betrag ist weder im Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) noch im Produktegruppenbudget 2009 des Jugendamts enthalten. Bei den Angestellten der städtischen Kitas sind pro Betrieb Stellenaufstockungen (Anpassung von Pensen) im kleinen Prozentbereich notwendig. Die Fr. 180 000.00 müssten von der Stadt allein finanziert werden, da der Kanton höchstens 240 Öffnungstage pro Jahr zur Finanzierung über den Lastenausgleich nach Sozialhilfegesetz zulässt.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Dringliche Motion abzulehnen. Er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.
2. Die Antwort gilt in diesem Fall gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 18. Juni 2008

Der Gemeinderat